

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

NextGenerationEU

Deutschland erhält mehr Geld aus dem Corona-Aufbauplan

Seite 3

IM FOKUS

Strategische Vorausschau

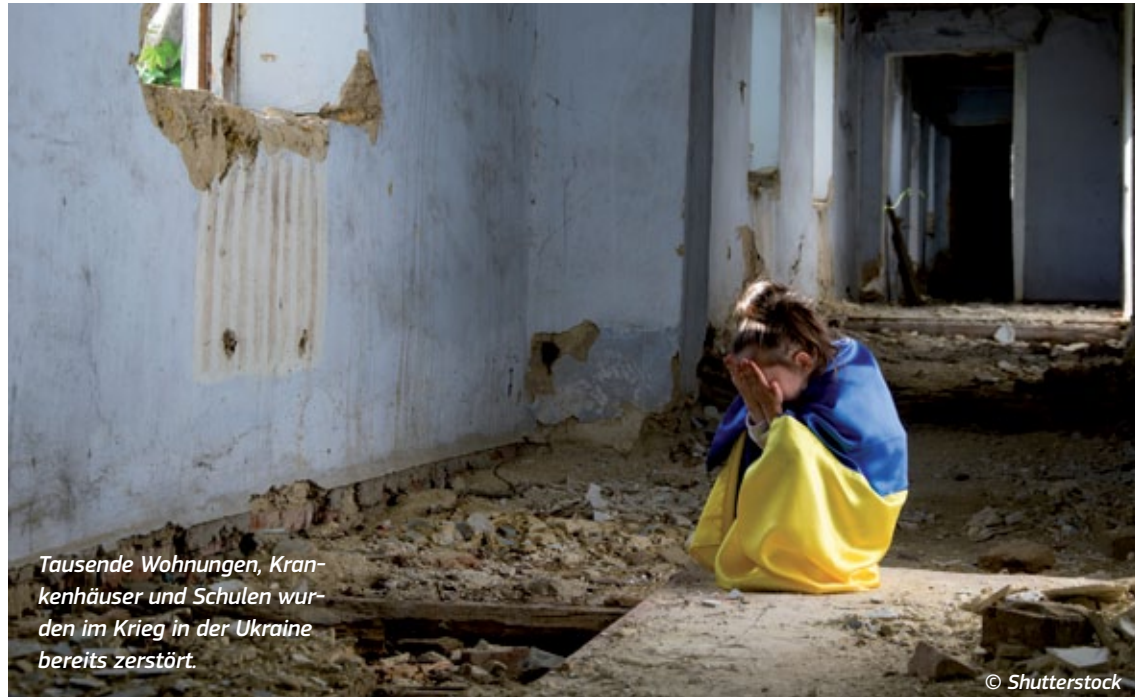
Digitalisierung und Klimaschutz treiben Innovationen voran

Seite 4

Europa vor Ort

Eisspeicher wärmt Wohnungen

Seite 6



Tausende Wohnungen, Krankenhäuser und Schulen wurden im Krieg in der Ukraine bereits zerstört.

© Shutterstock

MOBILFUNK

EU verlängert Roaming bis 2023

Pünktlich zum Ferienstart hat die Europäische Union die Roaming-Regelung über Mobilfunk im europäischen Ausland um zehn Jahre bis 2032 verlängert. „Wir können auf Reisen in der EU ohne zusätzliche Kosten telefonieren, SMS versenden und im Internet surfen. Das ist ein sehr spürbarer Vorteil unseres europäischen Binnenmarkts“, erklärte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission.

Die Mobilfunknutzung im europäischen Ausland ohne Aufpreis war 2017 auf Initiative der EU-Kommission eingeführt worden. Die Regelung greift in mehr als dreißig Staaten, darunter auch Ländern wie Liechtenstein, Norwegen und Island, die der EU nicht angehören.

Roaming

FINANZHILFEN

Die EU unterstützt den Wiederaufbau der Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat der Ukraine die europäische Hilfe beim Wiederaufbau des Landes zugesagt. Auf einer Konferenz zum Wiederaufbau in Lugano erklärte sie: „Wir wissen, dass die Ukraine ein enormes Potenzial für einen positiven Wandel birgt.“

> Von der Leyen betonte die Vorteile einer Wiederaufbau-Plattform, um die vielfältigen Wiederaufbauvorhaben zu koordinieren. Neben Unterstützern wie den USA, der Schweiz und der EU sollen dabei auch internationale Organisationen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sowie Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft mitwirken. Vierzig Staaten verständigten sich in Lugano auf Prinzipien für den Wiederaufbau, wie dezentrale Strukturen und Transparenz der Finanzströme. Die EU-Kommission wird laut von der Leyen „ihre Erfahrung bei der Durchführung von Programmen, die Reformen und Investitionen vereinen, einbringen“.

Gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz wird von der Leyen zudem nach der Sommerpause eine internationale Konferenz einberufen, um das Gene-

rationenprojekt Wiederaufbau in die richtigen Bahnen zu lenken. Die EU-Kommission hatte zuvor eine Kredithilfe über eine Milliarde Euro vorgeschlagen – für laufende Ausgaben wie Gehälter von Staatsbediensteten oder den Betrieb von Kliniken. Seit Ausbruch des Krieges hat die EU bisher rund 6,2 Milliarden Euro an Finanzhilfen mobilisiert. „Mehr wird folgen“, kündigte von der Leyen an und betonte: „Europa hat eine besondere Verantwortung und ein strategisches Interesse daran, die Ukraine auf diesem Weg zu begleiten.“

Zugleich mahnte von der Leyen von dem Land mutige Reformen an. Sie sprach von einem beeindruckenden Einsatz gegen die Korruption und erklärte: „Die Ukraine kann diesen Krieg überwinden und den Weg zu einem stärkeren und moderneren Land beschreiten.“ >>

“ Dezentralisierung und Digitalisierung haben die Ukraine gestärkt. Diese Erfahrung wird für den Wiederaufbau der Ukraine von großer Bedeutung sein. ”

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der EU-Kommission

Signal von Elmau

G7-Staaten und EU sagten der Ukraine auf dem Gipfeltreffen im bayerischen Elmau Hilfen in Höhe von rund 28 Milliarden Euro zu. Zugleich vereinbarten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundeskanzler Olaf Scholz, zu einer gemeinsamen Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine zu laden. „Es wird nicht um eine Anstrengung von wenigen Jahren gehen, sondern um viele Jahre“, betonte Scholz. Auch von der Leyen sicherte dem Land eine langfristige Unterstützung zu.

>> Die Präsidentin nannte konkrete Beispiele: „Mit einer modernisierten Justiz, stärkeren Institutionen und einer soliden Erfolgsbilanz bei der Korruptionsbekämpfung. Aber auch mit einer grüneren, digitaleren und krisenfesteren Wirtschaft“. Zuvor hatte sie sich in einer Videobotschaft an das ukrainische Parlament gewandt und erklärt: „Ihr europäischer Weg und der Wiederaufbau der Ukraine gehen Hand in Hand.“

Kommission setzt auf Europas Städte

Auch die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wird die EU weiter unterstützen. In ihrer Hilfe baut die EU-Kommission künftig verstärkt auf Europas Städte, Gemeinden und Hilfsorganisationen. Die Vergabe der Kohäsionsmittel soll einfacher werden und rund ein Drittel der Gelder direkt Kommunen und Hilfsorganisationen zufließen. Damit können die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine und der Pandemie schneller und zielgerichteter bewältigt werden. Elisa Ferreira, die zuständige Kommissarin für Kohäsionspolitik und Reformen, sagte: „Wir schaffen mehr Flexibilität.“

FAST-CARE

So funktioniert die neue Vergabe der Kohäsionsmittel für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Mehr Flexibilität: Neben Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ESF und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE stehen künftig auch weitere Kohäsionsmittel zur Verfügung.

Mehr Basis: 30 Prozent der Mittel gehen an Städte, Gemeinden und Hilfsorganisationen.

Mehr Zeit: Die Förderung verlängert sich, wenn sich Aufträge verzögern, etwa durch Baustoffmangel.

Mehr Hilfe: Statt wie bisher 40 Euro pro Kriegsflüchtling pro Woche für eine maximale Zeitspanne von 13 Wochen können die Mitgliedstaaten den Betrag auf 100 Euro pro Woche für eine Dauer von 26 Wochen erhöhen.

Mehr Vorleistung: Die Vorfinanzierung wird um 3,5 Milliarden Euro aufgestockt.



Quelle: EU-Kommission
Bild: Shutterstock

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine sind mehr als sechs Millionen Kriegsflüchtlinge aus dem Land in die EU gekommen, viele sind auch wieder zurückgekehrt. Den Geflüchteten soll in der EU durch die direkte Einbeziehung von Kommunen und Hilfsorganisationen schneller und gezielter geholfen werden. Ferreira betonte: „Kriegsvertriebene verdienen unsere Unterstützung. Und diejenigen, die ihnen helfen, verdienen unsere Unterstützung.“

Die neue Initiative sieht unter anderem vor, Vorfinanzierungszahlungen zu erhöhen, Fördervorhaben komplett durch die EU vorzufinanzieren und die Kosten für Unterbringung und Versorgung von Kriegsflüchtlingen zu übernehmen. Vorhaben werden auch über die jeweilige Förderperiode hinaus finanziert, wenn sich Arbeiten durch Lieferschwierigkeiten verzögern oder die Kosten, etwa für Baumaßnahmen, steigen.

Die EU-Kommission hat daher ein neues Programm aufgelegt, um die Hilfe zu bündeln: FAST-CARE. Es vereinfacht die Vergabe von europäischen Fördermitteln für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und unterstützt Kommunen in ihrer Arbeit für Geflüchtete. Dazu erklärte Ferreira: „Ich glaube, es trifft den Kern unserer Mission in der Kohäsionspolitik: Solidarität in Krisenzeiten, Vermeidung der Entstehung von Ungleichheiten und Sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.“

Sozialkommissar Nicolas Schmitt sagte: „Nichtregierungsorganisationen, lokale Behörden und Bürgermeister haben die Änderungen immer wieder angemahnt, da sie diejenigen sind, die die Dienstleistungen vor Ort erbringen. Unser Vorschlag verbessert die Situation und stellt ihnen eine angemessene Finanzierung zur Verfügung.“

Die Kommission berief zugleich den früheren niederländischen Vize-Premier und Sozialminister Lodewijk Asscher zum Sonderberater der EU für Flüchtlingsfragen. Er wird die Hilfe für die Kriegsflüchtlinge zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen koordinieren und die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und in ihre Sozialschutzsysteme zu integrieren. (pr) >|

Wiederaufbau-Plattform

Korrektur:

Durch ein Versehen ist in Ausgabe #11 der EU-Nachrichten in der Grafik auf Seite 2 die Fläche der Republik Moldau falsch angegeben worden. Die richtige Größe beträgt 33.846 km². Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

NEXTGENERATIONEU

Deutschland erhält mehr Geld aus dem Corona-Aufbauprogramm

Deutschland fließen aus dem Aufbauplan NextGenerationEU bis Ende 2026 rund 28 Milliarden Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen zu, das sind rund 2,5 Milliarden Euro mehr als ursprünglich erwartet. Grundlage sind Berechnungen der EU-Kommission auf Basis der Wirtschaftsdaten für die Pandemie-Jahre 2020 und 2021. Die EU hatte das zeitlich befristete Aufbau-Instrument NextGeneration EU 2020 mit über 800 Milliarden Euro ausgestattet, um die Folgen der Pandemie zu überwinden. Next-GenerationEU beinhaltet auch 50,6 Milliarden Euro für REACT-EU, die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas.

Zuletzt hatten Hessen, Berlin und Rheinland-Pfalz weitere EU-Fördermittel aus dem Fonds REACT-EU erhalten. Mit den Mitteln können Arbeitssuchende, benachteiligte Jugendliche, Obdachlose und andere Bedürftige unterstützt werden – einschließlich Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Nach Berlin gingen 16,8 Millionen Euro, unter anderem, um benachteiligte Berufsschülerinnen und -schüler zu unterstützen. Hessen erhielt 13 Millionen Euro, etwa zur Förderung Arbeitssuchender. Rheinland-Pfalz wurde im Mai und Juli mit 17,4 Millionen Euro unterstützt, die Gelder dienen unter anderem zur Integration von ukrainischen Kriegsflüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

| *Aufbauhilfe*

EURYDICE

Deutsche Schüler bei Mathe im Mittelfeld

Ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler in der EU verfügt über mangelnde Grundkenntnisse im Rechnen und in den Naturwissenschaften. Das geht aus dem vom Eurydice-Netzwerk der EU-Kommission vorgelegten Bericht „Steigerung von Leistung und Motivation beim Lernen von Mathematik und Naturwissenschaften in Schulen“ hervor. In Deutschland lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen unter den 15-Jährigen im Jahr 2018 in Mathematik bei 21,1 Prozent. In den Naturwissenschaften lag die Quote mäßiger Ergebnisse in der Bundesrepublik bei 19,6 Prozent. Damit landet Deutschland auf Platz 17 von 37 ausgewerteten Ländern.

Auf den ersten drei Plätzen liegen Estland, Dänemark und Polen. „Die mathematische und naturwissenschaftliche Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas“, mahnte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Das Eurydice-Netzwerk erleichtert die Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, etwa durch gemeinsame Bildungsstandards.

| *Schülerleistungen in Mathematik und Naturwissenschaften*

TAXONOMIE

EU-Kommission begrüßt Zustimmung des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat einen Vorstoß der EU-Kommission gebilligt, Investitionen in Gas- und Atomstrom unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einzustufen. Mairead McGuinness, EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion, begrüßte das Votum. Sie erklärte, der Vorstoß stelle sicher, „dass private Investitionen in Gas und Kernenergie, die für unsere Energiewende erforderlich sind, strengen Kriterien genügen“.

Damit die EU – wie im Europäischen Grünen Deal verankert – bis 2050 klimaneutral werden kann, bedarf es umfangreicher privater Investitionen. Die EU-Taxonomie lenkt private Investitionen mit dem Ziel, auf alle möglichen Lösungen zurückzugreifen, die den Übergang zur Klimaneutralität fördern. McGuinness betonte: „Unser Vorschlag gewährleistet Transparenz, damit die Anleger wissen, in was sie investieren. Heute bringt der Standpunkt der EU dringend benötigte Klarheit.“

| *Taxonomie*

RAT DER MITGLIEDSTAATEN

Tschechien löst Frankreich im Vorsitz ab

Tschechien hat zum 1. Juli für sechs Monate den rotierenden Ratsvorsitz unter den Mitgliedstaaten der EU übernommen. Im Kreis der Mitgliedstaaten leitet das Land nun die Sitzungen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte bei einem Besuch in Tschechien: „Leidenschaft für Europa und das Engagement und die harte Arbeit der Regierung werden diesen Vorsitz zweifellos zum Erfolg führen.“

Die tschechische Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Europa neu denken, neu gestalten und wieder erstarben“. Schwerpunkte auf der politischen Agenda sind unter anderem die Bewältigung der Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine, die strategische Widerstandskraft der europäischen Wirtschaft und die Resilienz demokratischer Institutionen. Auch will Tschechien eine rasche Einigung zwischen Mitgliedstaaten und Europäischem Parlament über das Dossier zum Klimagesetz „Fit for 55“ erzielen. Tschechien war der EU im Jahr 2004 beigetreten. Es löst im Vorsitz unter den Mitgliedstaaten Frankreich ab, zum 1. Januar 2023 übernimmt Schweden den Ratsvorsitz.

| *Tschechische Präsidentschaft*

STRATEGISCHE VORAUSSCHAU

Digitalisierung und Klimaschutz treiben Innovationen

Die Digitalisierung kann die Klimabelastung zentraler Wirtschaftsbereiche wie Energie, Industrie, Bau, Verkehr und Landwirtschaft entscheidend verringern. „Um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, müssen wir das Potenzial der Digitalisierung nutzen“, mahnte Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission, bei der Vorlage der strategischen Vorausschau.



Der Bericht der Kommission nennt einen zusätzlichen jährlichen Investitionsbedarf von bis zu 650 Milliarden Euro bis 2030.

Neue Europäische Innovationsagenda

Die EU-Kommission hat eine neue Europäische Innovationsagenda verabschiedet. Sie unterstützt den grünen und digitalen Übergang durch gezielte Investitions- und Forschungsförderung in fünf zentralen Bereichen: Erneuerbare Energien, Agrartechnologie, nachhaltiges Bauen, Mobilität und Gesundheit. Unter anderem sollen Talente enger an den Forschungsstandort Europa gebunden, die Finanzierung von Start-ups und Scale-Ups gefördert und Innovationen in Reallaboren schneller in der Praxis getestet werden. „Gemeinsam werden wir Europa zum weltweiten Kraftzentrum für technologieintensive Innovationen und Start-ups machen“, erklärte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend.

> Der jährliche Bericht analysiert globale Zukunftstrends und zentrale Herausforderungen der europäischen Politik. In diesem Jahr stand der sogenannte doppelte Übergang im Fokus: Twin Transition – kurz Twinning – nennen Fachleute die parallel verlaufenden Entwicklungen von Digitalisierung und dem Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft. Beides kann sich ergänzen, etwa beim Aufbau intelligenter Stromnetze. Gleichzeitig lässt jedoch die Digitalisierung den Stromverbrauch steigen und hat andere Auswirkungen auf die Umwelt: So fallen im Jahr 2030 rund 75 Millionen Tonnen Elektroschrott an.

Die Kommission hat die verschiedenen Aspekte analysiert – mit unmittelbaren Folgen: Ein Teil der Ergebnisse fließt ein ins Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2023.

Als Herausforderungen hebt der Bericht hervor:

> **Nachhaltige Digitalisierung:** Rechner und Datenserver verbrauchen schon jetzt 9 Prozent der weltweiten Energie und verursachen 2 Prozent der Klimaemissionen. „Das entspricht dem Beitrag des Luftverkehrs“, so Šefčovič. Er mahnte an, die Digitalisierung stärker zum Gelingen des Europäischen Grünen Deals einzusetzen, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll. So könnte die Blockchain-Technologie zu neuen Energiesystemen beitragen, die Energy on demand produzie-

ren – also Strom nicht auf Vorrat und Überschuss, sondern allein nach Bedarf.

> **Neue Synergien:** Die Digitalisierung ist entscheidend, um Europas fünf zentrale Wirtschaftszweige auf einen klimaneutralen Kurs zu bringen: Energie, Verkehr, Industrie, Bau und Landwirtschaft. „Quantencomputer könnten zusammen mit Bioinformatik den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden in der Landwirtschaft verringern und die Erträge steigern“, erläuterte Šefčovič ein Beispiel für mögliche neue Synergien. Das wäre auch ein strategischer Beitrag zur Ernährungssicherheit.

> **Rohstoffsicherheit:** Das Batteriematerial Lithium ist ein entscheidender Rohstoff für die Elektromobilität. Bis 2050 dürfte der Bedarf an dem Metall in der EU um 3.500 Prozent steigen. Aber zwei Fünftel des Lithiums werden in Chile gefördert und in China aufbereitet. „Wenn Europa seine Hausaufgaben macht, könnte Recycling bis 2040 zu einer der wichtigsten Quellen für Metalle und Mineralien werden, die für neue Technologien von entscheidender Bedeutung sind“, mahnte Šefčovič den konsequenten Aufbau einer Kreislaufwirtschaft an.

> **Geopolitische Bedeutung:** In einem veränderten Sicherheitsumfeld haben Digitalisierung und Klimaneutralität auch eine sicherheitspolitische Bedeutung. Hinzu kommen weitere Fragen wie die Regulierung: Wer setzt die Standards in der digitalen Welt? Wie lässt sich vermeiden, dass Klimadumping zum Wettbewerbsvorteil ausgenutzt wird? „Wie wir bei Ernährung und Energie sehen, kann alles als Waffe eingesetzt werden“, sagte Šefčovič. Er betonte zugleich die Bedeutung von Digitalisierung und Klimaschutz für Europas strategische Autonomie: „Europa beschleunigt seine grüne und digitale Transformation und ist sich dabei der wachsenden Sicherheitsdimension dieser Entwicklung bewusst.“

Der Bericht nennt einen zusätzlichen jährlichen Investitionsbedarf von bis zu 650 Milliarden Euro bis 2030 und führt zehn Bereiche auf, die politisch bearbeitet werden sollten: Von der Beschaffung kritischer Rohstoffe, über Bildungsfragen und Cybersicherheit bis hin zur strategischen Autonomie. „Nachhaltigkeit und Digitalisierung müssen eine perfekte Ehe eingehen“, so Šefčovič. (pr) >|

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

Timmermans begrüßt **Einigung** der Mitgliedstaaten auf **neues Klimagesetz**

Wichtige Etappe auf dem Weg zum Klimagesetz „Fit für 55“: Die Mitgliedstaaten haben sich auf eine gemeinsame Position für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament verständigt. „Ich glaube, das ist ein guter Tag für den Europäischen Grünen Deal und ein guter Tag für die Europäische Union“, sagte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, nach siebzehnstündigen Verhandlungen der Umweltministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten.

> Das Klimagesetz sieht vor, dass der Ausstoß an Klimagasen bis 2030 um mindestens 55 Prozent sinkt. „Unsere Abkehr von fossilen Brennstoffen ist nach der russischen Invasion in der Ukraine noch dringlicher“, ergänzte Timmermans. Er ist innerhalb der Kommission für den Europäischen Grünen Deal verantwortlich, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent macht. Ein zentrales Vorhaben auf diesem Weg ist das Klimagesetz „Fit für 55“, das die EU-Kommission im vergangenen Jahr vorgelegt hat. „Damit können wir unsere Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent reduzieren, und das wird uns wirklich auf den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 bringen“, begrüßte Timmermans die Einigung der Mitgliedstaaten.

Vor den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament verständigten sich die Mitgliedstaaten auf:

> **Null-Emissions-Ziel für Neuwagen:** Der Verkehr verursacht rund 20 Prozent der Klimaemissionen in Europa. Die EU-Kommission hatte daher vorgeschlagen, den Ausstoß von Kohlendioxid für neue Autos und leichte Lastwagen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu verringern und bis zum Jahr 2035 auf Null zurückzufahren. Die Mitgliedstaaten halten an diesen Fristen fest. Ob darüber hinaus Fahrzeuge mit E-Fuels – das sind synthetische Kraftstoffe, die mit grüner Energie aus Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden – betrieben werden können, wird von der Kommission geprüft. Bereits 2026 wird die Kommission die Emissionsziele mit Blick auf neue technische Entwicklungen in einem Zwischenbericht erneut bewerten. „Im Moment erscheinen E-Fuels keine realistische Lösung zu sein“, erklärte Timmermans nach den Beratungen. „Aber wenn die Hersteller irgendwann beweisen können, dass das anders ist, werden wir das offen aufnehmen.“



© Shutterstock

> **Ausweitung des Emissionshandels:** Bereits 2005 hatte die EU einen Handel mit Emissionsrechten eingeführt. Um einen Anreiz für Klimainvestitionen zu schaffen, müssen Unternehmen bestimmter Branchen seither einen Preis pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid bezahlen. Derzeit werden Industrie, Energieerzeuger und Teile des Luftverkehrs durch das Handelssystem erfasst. Von 2027 an werden auch Verkehr und Gebäude einbezogen. Damit deckt der Emissionshandel künftig 75 Prozent der Klimaemissionen ab, bislang waren nur 40 Prozent des Ausstoßes an Treibhausgasen erfasst.

Kraftfahrzeuge verursachen rund 20 Prozent der Klimaemissionen in Europa. Das soll bis 2035 auf Null zurückgefahren werden.

“ Mit diesem Paket können wir wirklich das tun, wozu wir uns im Klimagesetz verpflichtet haben. ”

Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission

> **Sozialer Klimafonds:** Die Einnahmen aus dem Emissionshandel – rund 59 Milliarden Euro – fließen einem sozialen Klimafonds zu. Er gleicht soziale Härten aus, etwa durch steigende Energiekosten. „Das wird es uns ermöglichen, diesen Übergang auf gerechte Weise zu gestalten“, erklärte Timmermans.

Nachdem sich die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position verständigt haben, steht nun noch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament an. „Jetzt kommt die nächste Phase“, erklärte Timmermans und mahnte eine rasche Einigung auf das Gesetz an: „Wir brauchen das. Die Welt wartet nicht. Die Klimakrise wartet nicht.“ >|

EUROPA VOR ORT

Ein von der EU geförderter **Eisspeicher** wärmt **Wohnungen** in Friedrichsdorf

Von „innovativen Energieformen“ spricht Lars Keitel, der Bürgermeister der hessischen Gemeinde Friedrichsdorf. Die Innovation kommt zunächst in einfachem Grau daher. Rund siebzehn Meter Durchmesser misst die riesige Kaverne aus Beton und ist sieben Meter tief. Das bietet ein Fassungsvermögen von bis zu 1,2 Millionen Liter Wasser – oder auch Eis. Denn in der Neubausiedlung in der Gemeinde nahe Frankfurt am Main kommt die Energie künftig aus einem von der EU geförderten Eisspeicher.



© FRANK

17 Meter breit und sieben Meter tief – der Eisspeicher von Friedrichsdorf.

Rund 20 Milliarden Euro Kohäsionsmittel

Der Europäische Regionalfonds (ERDF) zielt darauf ab, Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen abzubauen und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken. Zudem soll die grüne Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft vorangetrieben werden. Deutschland erhält insgesamt in den Jahren zwischen 2020 und 2027 rund 20 Milliarden Euro an Kohäsionsmitteln von der EU, darunter neben ERDF auch für den Europäischen Sozialfonds ESF+, den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF).

> Das Prinzip des Eisspeichers funktioniert wie ein umgekehrter Kühlschrank. Wenn es kühler wird ab Herbst, gibt das Wasser seine Wärme ab. Eine Wärmepumpe wandelt die Energie dann um in Strom, etwa um Wohnungen zu heizen. Das Wasser im Speicher kühlt mit der Zeit so weit ab, bis es gefriert. Bei diesem physikalischen Vorgang wird Energie frei, Kristallisationswärme heißt der Effekt. Im Frühjahr und Sommer taut das Eis, auch unterstützt durch Solarenergie der umliegenden Häuser. Auch die Schmelzwärme des Wassers kann die Wärmepumpe nutzen. Im Herbst kann der Prozess dann aufs Neue beginnen. Ein klimaschonender Kreislauf.

880.000 Euro aus Regionalfonds EFRE

In Friedrichsdorf lassen sich so die Wohnungen von rund 700 Menschen beheizen. Die EU fördert das Klimaprojekt aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) mit rund 880.000 Euro. Das entspricht ungefähr der Hälfte der Gesamtkosten. „Das ist ein Ansporn, um weiterzumachen“, so Friedrichsdorfs Bürgermeister Keitel.

Gebäude sind der größte Energieverbraucher in der EU und damit ein wichtiger Klimafaktor. Sie stehen

für 40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der Klimagasemissionen in der EU.

Nachhaltige Energieprojekte wie der Eisspeicher in Friedrichsdorf werden damit zu einem wichtigen Faktor im Programm REPowerEU, das die EU-Kommission im Mai vorgelegt hat, um bis spätestens 2027 von Energielieferungen aus Russland unabhängig zu werden. So schlägt die EU unter anderem vor, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 45 Prozent auszubauen – das sind fünf Punkte mehr als bislang vorgesehen.

Bis zu 50 Prozent weniger Heizkosten

Der Eisspeicher in Friedrichsdorf ist nur ein Beispiel für die Nachhaltigkeit der Öko-Siedlung. In der Mitte des Neubaugebiets grüßt ein großer Wohnturm aus dem natürlichen Baustoff Holz. Das Regenwasser in der Siedlung wird aufgefangen, bei Starkregen werden dadurch Überschwemmungen verhindert, in heißen Trockenphasen kann das Wasser an die Umgebung abgegeben werden. Schwammstadt heißt das Konzept, weil das Grün auf Dächern und in der Wohnumgebung das Wasser wie ein Schwamm aufsaugt und Regen nicht direkt in die Kanalisation abläuft.

Auch der alte Baumbestand der Siedlung bleibt erhalten. Das Grün der Bäume kann im Sommer für eine Abkühlung von 2 bis 8 Grad im Vergleich zur unbeschatteten Umgebung sorgen. Die EU-Kommission hatte daher in ihrem Naturschutzpaket vom Juni unter anderem vorgeschlagen, das Grün in Städten bis 2050 um 5 Prozent auszubauen, 10 Prozent der Fläche sollen zudem von Bäumen beschattet werden.

Der Eisspeicher in Friedrichsdorf geht im Herbst in Betrieb. Rund 207 Tonnen des Klimagases Kohlendioxid werden durch die alternative Energiegewinnung pro Jahr eingespart. Das EU-geförderte Projekt wirkt damit doppelt: Das Klima wird geschützt. Und die Bewohnerinnen und Bewohner sparen bis zu 50 Prozent der sonst üblichen Heizkosten. So schafft Europa neue Energiequellen. (pr)

>|

■ Energiequelle

Europa in Zahlen

12

Verkehrsprojekte fördert die EU im Rahmen des Förderprogramms „Connecting Europe Facility“. „Connecting Europe“-Investitionen schließen die Lücken im europäischen Energie-, Verkehrs- und Digitalnetz. Dazu gehören auch mehrere Projekte in der Slowakei und in Polen, die den Warentransport zwischen Europa und der Ukraine erleichtern sollen. Europaweit fördert die EU 135 Verkehrsprojekte mit 5,4 Milliarden Euro, in Vorhaben in Deutschland fließen davon rund 400 Millionen Euro.

Dabei fördert die EU unter anderem die Flughafenanbindung von Stuttgart über die Strecke nach Wendlingen sowie den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecken von Frankfurt am Main ins kurpfälzische Mannheim und den Abschnitt zwischen Dinslaken und Voerde entlang der Strecke von Oberhausen nach Emmerich an der Grenze zu den Niederlanden. Weitere geförderte Großprojekte: Planungen für die Neubaustrecke zwischen Dresden und Prag sowie für den Ausbau der Strecke von Hannover nach Hamburg rund um Uelzen.

Europäisches Verkehrsnetz

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.07.2022 14.00 Uhr	„EBD Briefing zur tschechischen EU-Ratspräsidentschaft“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Netzwerk EBD	YouTube-Livestream	www.netzwerk-ebd.de/termine/ebd-briefing-tschechische-eu-ratspraesidentschaft/
> 13.07.2022 19.30–21.00 Uhr	„Europäischer Salon: Schwerpunkte sächsischer Europapolitik“ Seminar Veranstalter: Volkshochschule Dresden, EUD Sachsen	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28286
> 14.07.2022 10.00–12.00 Uhr	„Der Antrag für die Erasmus-Akkreditierung in der Berufsbildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung	Online	www.na-bibb.de/service/veranstaltungen
> 23.07.2022 11.00–13.30 Uhr	„Europäische Heimat als Brücke – Städtepartnerschaften gestern, heute und morgen“ Europa-Kongress Veranstalter: EuropaUnion Baden-Württemberg	Haus der Heimat Schlossstraße 92 70176 Stuttgart	https://eubw.eu/vorhaben/europa-kongress-des-bdv-und-der-europaverbaende-baden-wuerttemberg
> 27.07.2022 19.00–20.30 Uhr	„Sicherheit und Verteidigung – Wie bewältigt die EU Krisen und Konflikte?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EIZ Rostock, Europe Direct Mecklenburg-Vorpommern	Haus Europa/Europäisches Integrationszentrum Rostock e.V. Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/events/sicherheit-und-verteidigung-der-eu/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



INTERAKTIVES TOOL

Online-Ratgeber für das Studium in Frankreich

Wer ein Studium, einen universitären Austausch oder ein Praktikum in Frankreich absolvieren möchte, sollte sich gut und rechtzeitig vorbereiten. Um junge Leute dabei zu unterstützen, hat das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. (ZEV) seinen Ratgeber für Studierende neu aufgelegt. Von nun an können Studierende in einem interaktiven Tool ganz gezielt und mit wenigen Klicks suchen. Der Online-Ratgeber informiert zu Themen wie finanzielle Unterstützung, Formalitäten, Wohnen, Bezahlen, Gesundheit, Arbeiten, Verkehrsmittel und mehr. Außerdem gibt er praktische Tipps für das Leben im Gastland. Und es werden wichtige Ansprechpartner genannt.



© Shutterstock

■ *Studieren und leben in Frankreich*

EU-JUGENDZIELE UMSETZEN

Ideen und Lösungsvorschläge gefragt

Noch bis Juni des kommenden Jahres läuft unter dem Titel „Gemeinsam für ein nachhaltiges und inklusives Europa“ der neunte Zyklus des EU-Jugenddialogs. Dabei geht es um die Europäischen Jugendziele #3 Inklusives Gesellschaften und #10 Ein nachhaltiges grünes Europa. Derzeit werden Anregungen, Forderungen, Ideen und Lösungsvorschläge junger Menschen zu diesen Themen gesammelt. Bis zum 15. August 2022 bündelt das Referat Jugenddialog beim Deutschen Bundesjugendring die Forderungen junger Menschen in Deutschland.



© Shutterstock

Der EU-Jugenddialog ist das zentrale Instrument zur Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung der Politik in der Europäischen Union. Im Mittelpunkt steht dabei die Umsetzung der von den jungen Menschen selbst formulierten europäischen Jugendziele, den Youth Goals.

■ *EU-Jugenddialog*

UNBOXING EUROPE

Digitale Lernbox zu Europa

Mit Unboxing Europe entwickelte die Europäische Akademie Berlin gemeinsam mit Lehrkräften von Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen eine digitale Toolbox, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der VHS-Kurse dabei unterstützt, sich Europa kreativ und digital anzueignen. In der digitalen Box befinden sich neben vielen Informationen zu den wichtigsten EU-Politikfeldern auch eine große Auswahl an Online-Tools. Im Rahmen des VHS-Unterrichts können so niedrigschwellig Reportagen, Foto-Kreationen, Interviews, Grafiken, etc. zu EU-Themen erarbeitet werden. Damit werden nicht nur die Europakompetenz, sondern auch die digitalen Fähigkeiten erweitert. Einen ersten Überblick gibt die Broschüre zur Europabox, die mit Unterstützung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland realisiert wurde. Mehr Informationen, Anleitungen und den Zugang zur Online-Plattform erhält man über die Projekt-Website.



■ *Unboxing Europe*

JUGEND UND UKRAINE

Preis der Zivilgesellschaft 2022

Bessere Zukunftsaussichten für junge Menschen und die Unterstützung ukrainischer Kriegsopfer sind die beiden Themen des diesjährigen EWSA-Preises der Zivilgesellschaft. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) nimmt ab sofort Bewerbungen für den von ihm ausgeschriebenen Preis der Zivilgesellschaft 2022 entgegen, mit dem innovative und kreative Projekte und Initiativen in zwei Kategorien ausgezeichnet werden: die Stärkung der Handlungskompetenz junger Menschen und die Unterstützung der Zivilbevölkerung, die unter den Folgen des Krieges in der Ukraine leidet.

Der Preis ist mit insgesamt 60.000 Euro dotiert und wird auf bis zu sechs Preisträger – je drei pro Kategorie – aufgeteilt. Die Preisverleihung findet während der EWSA-Plenartagung am 14./15. Dezember 2022 in Brüssel statt. Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen ist der 31. Juli, 10.00 Uhr (Ortszeit Brüssel). Die Projekte sollen bereits abgeschlossen oder noch in der Umsetzung sein.

■ *Preis der Zivilgesellschaft*